

Wann, wenn nicht jetzt?

Lehren aus der Atomkatastrophe in Japan

Wolfgang Pomrehn

Gleich sechs Reaktoren sind in Japan außer Kontrolle geraten. Betreiber und japanische Behörden informieren nur spärlich und widersprüchlich, aber mit großer Wahrscheinlichkeit ist bereits in zwei Meilern die Kernschmelze eingetreten. Wir kennen das: Täuschen, Verschweigen, Abwiegeln und Untertreiben gehören überall auf der Welt zum Geschäft der Atomwirtschaft und ihrer Freunde in den Regierungen. Das ist die Kehrseite einer gefährlichen Technik, die Furcht und Schrecken verbreitet, aber ein überaus lohnendes Geschäft für ihre Besitzer ist.

Doch bei vielen steigert das nur die Wut. Zwei Dinge sind jedenfalls schon jetzt glasklar. Erstens: In Fukushima ist bereits Radioaktivität entwichen, und es wird noch viel mehr folgen. Je nach den Wetterbedingungen können schlimmstenfalls etliche hundert oder gar mehrere tausend Quadratkilometer für viele Jahrzehnte unbewohnbar werden. Atomkraft ist, das sehen wir nach Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 einmal mehr, nicht sicher. Auch nicht in einem der technisch am weitesten entwickelten Länder. Und: Erdbeben, die im übrigen auch hierzulande auftreten, sind nur ein Risikofaktor. Ganz ohne Erdbeben schrammten zum Beispiel im Dezember 2001 das schleswig-holsteinische AKW Brunsbüttel oder im Juli 2006 das schwedische AKW Forsmark nur knapp an größeren Unfällen vorbei.

Zweitens: Die zentralisierte Stromversorgung mit Großkraftwerken macht ein hochentwickeltes Land im Falle eines Falles besonders verletzlich. Fast 48 Stunden nach dem Beben waren in Japan noch immer vier Millionen Haushalte ohne Strom, weil neben den beiden Katastrophen-AKW Fukushima I und II noch weitere Meiler abgeschaltet wurden. In den nächsten Tagen wird es im ganzen Land stundenweise keinen Strom geben, weil die elektrische Energie rationiert werden muß. Ein intelligentes und sicheres System sieht anders aus. Nur Dezentralisierung mit kleinen Heizkraftwerken, Wind- und Solaranlagen sowie Speichern kann hingegen auch im Katastrophenfall die Versorgung sicherstellen.

Das alles ist hierzulande seit langem bekannt, und zwar nicht nur einer kleinen Gemeinde von Experten, sondern größeren Teilen der Bevölkerung. Entsprechend groß war bereits im vergangenen Jahr der Unmut über die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, und entsprechend unwohl fühlt sich nun die Bundesregierung in ihrer Haut. Ihr dürfte bewußt sein, daß es jetzt um die Wurst gehen wird. Wie schon vor 25 Jahren nach dem Unglück von Tschernobyl geht die Anti-AKW-Bewegung wieder auf die Straße. Am heutigen Montag gibt es im ganzen Land Mahnwachen. Kurz vor den wichtigen Landtagswahlen wird es für Schwarz-Gelb und ihre Atompolitik eng. In Baden-Württemberg könnte schon bald eine von SPD und Grünen geführte Landesregierung den Stromkonzern EnBW kontrollieren und die vier Meiler in Philippsburg und Neckarwestheim sofort stilllegen. Ohne massiven Druck der Straße wird das allerdings nicht geschehen.